

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Planungsangelegenheiten am 06.11.2018**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:02 Uhr bis 19:56 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder:**

Dr. Michael Lämmerhirt	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Sänger, Teilnahme bis 19:37 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Sprung
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 17:05 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Herrn Eigendorf
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gernot Nette	AfD Stadtratsfraktion Halle
Marcel Dörrer	Sachkundiger Einwohner
Thomas Felke	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Alexander Keck	Sachkundiger Einwohner
Dr. Uwe-Volkmar Köck	Sachkundiger Einwohner
Dirk Radde	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung:**

René Rebenstorf	Beigeordneter Geschäftsbereich II
Lars Loebner	Leiter Fachbereich Planen
Angelika Foerster	Leiterin Fachbereich Bauen
Jutta Grimmer	Leiterin Abteilung Städtebauförderung und -recht
Waldemar Roesler	Leiter Team Verkehrsentwicklung und Nahverkehr
Sarah Lange	stellv. Protokollführerin

### **Gäste:**

Vinzenz Schwarz	Vorstand Halleschen Verkehrs-AG
Marcus Weicken	Rechtsanwalt PwC Legal AG
Lothar Kühn	ISUP GmbH

### **Entschuldigt fehlten:**

Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
--------------	---

Michael Sprung  
Eric Eigendorf

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu **Einwohnerfragestunde**

---

zu **Frau Beck zum TOP 5.2**

---

**Frau Beck** nahm Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung des Antrages TOP 5.2 und reichte eine schriftliche Anfrage ein.

1. *Um was für in Angriff zu nehmende Bebauungspläne handelt es sich im Einzelnen?*
2. *Welche geringfügigen Berichtigungen des Flächennutzungsplanes sind wo konkret angedacht?*
  - a. *Betrifft die in Angriff genommene geringfügige Berichtigung des Flächennutzungsplanes auch die vorhandene Wohnbebauung an der Äußere Lettiner Straße/Wildentenweg/Blesshuhnweg*
  - b. *Wenn ja, wie wird dem im Zusammenhang mit einer weiteren Bebauung dabei weiter entstehenden hohen Konfliktpotenzial Rechnung getragen? (hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Natur und Landschaft, d.h. Schutzgüter Boden, Wasser, Klima/ Luft, Arten der Lebensgemeinschaften (Biotop), sowie Orts- und Landschaftsbild/Erholung etc.)*
  - c. *Welche Priorität in der Stadt Halle (Saale) hat der Verkehr unseres Wohngebietes, d.h. Außenbereich Äußere Lettiner Straße/Wildentenweg (Gesamt) Belesshuhnweg/Rebhuhnweg?*

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass es drei bestehende Bebauungspläne in Kröllwitz gibt: der Papiermühle, Sandbirkenweg und Wildentenweg. Für den Bereich des Kirchberges gibt es noch keinen Bebauungsplan.

**Herr Loebner** ergänzte, dass wenn es zu einem Bebauungsplanverfahren kommen sollte, es abzusehen ist, dass an dieser Stelle ein Vollverfahren durchgeführt wird. Zu Anfrage 2b antwortete er, dass die planerischen Konflikte im Bebauungsplanverfahren erfasst werden und sind dann einer Lösung zuzuführen. Zu Frage 2c sagte er, dass der Verkehr in Kröllwitz nochmals einer umfassenden Untersuchung unterzogen wird. Erste Ergebnisse werden in der zweiten Zukunftswerkstatt vorgestellt.

zu **Herr Buettner zum TOP 4.6**

---

**Herr Buettner** fragte, ob während der Baumaßnahme eine halbseitige Nutzung möglich sein wird.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass der Bauablauf noch abgestimmt werden muss. Die Erreichbarkeit der Grundstücke wird gewährleistet.

**Herr Buettner** fragte, ob die Ersatzparkplätze in der Glauchaer Straße wieder für die Anwohner zur Verfügung stehen werden.

**Frau Foerster** sagte, dass dazu erst eine Auskunft nach Abstimmung des Bauablaufes gegeben werden kann.



## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wurde von **Herrn Dr Lämmerhirt** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Dr. Lämmerhirt** informierte, dass TOP 4.2 und der dazugehörige Änderungsantrag abgesetzt werden, da die Beschlussvorlage zurückgezogen wurde. Er wies darauf hin, dass ein Änderungsantrag von der SPD-Fraktion sowie von der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zum TOP 4.4 eingereicht wurde.

**Herr Feigl** stellte zum TOP 5.1 einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, da die Akteneinsicht noch nicht erfolgt ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Bestätigung der Niederschrift
  - 3.1. Bestätigung der Niederschrift vom 11.09.2018
  - 3.2. Bestätigung der Niederschrift vom 09.10.2018
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017  
Vorlage: VI/2018/04385
  - 4.2. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174.1 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2018/04170 **abgesetzt**
  - 4.2.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174.1 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss - Vorlage: VI/29018/04170  
Vorlage: VI/2018/04215 **abgesetzt**
  - 4.3. Antragstellung Investitionspakt Soziale Integration - Programmjahr 2019  
Vorlage: VI/2018/04448

- 4.3.1. Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl zur Beschlussvorlage "Antragstellung Investitionspakt Soziale Integration - Programmjahr 2019" (VI/2018/04448)  
Vorlage: VI/2018/04573
- 4.4. Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA  
Vorlage: VI/2018/04422
  - 4.4.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA (Vorlage: VI/2018/04422)  
Vorlage: VI/2018/04530
  - 4.4.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA" (VI/2018/04422)  
Vorlage: VI/2018/04564
  - 4.4.3. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA (Vorlage: VI/2018/04422)  
Vorlage: VI/2018/04571
- 4.5. Verzicht auf Variantenbeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 200 Ufermauer Saline  
Vorlage: VI/2018/04371
- 4.6. Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 187 Wiederherstellung Kefersteinstraße  
Vorlage: VI/2018/04312
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife  
Vorlage: VI/2018/03885 **vertagt**
  - 5.2. Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP-Fraktion) zur Entwicklung eines Gestaltungskonzeptes für den Kröllwitzer Kirchberg sowie bauordnungsrechtlicher und verkehrlicher Vorgaben für den Stadtteil Kröllwitz  
Vorlage: VI/2018/04293
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

### zu 3 **Bestätigung der Niederschrift**

---

### **zu 3.1 Bestätigung der Niederschrift vom 11.09.2018**

---

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 11. September 2018, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

### zu 3.2 Bestätigung der Niederschrift vom 09.10.2018

---

**Herr Dr. Lämmerhirt** informierte, dass die öffentliche Niederschrift vom 09.10.2018 vertagt wird.

### zu 4 Beschlussvorlagen

---

#### zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 Vorlage: VI/2018/04385

---

**Frau Krimmling-Schoeffler** fragte, welche zusätzlichen Aufgaben ab 2019 auf das Dienstleistungszentrum Klimaschutz zukommen, da die Personalaufwendungen um eine Stelle erhöht wurden. Sie bat um Auskunft, warum das Fahrradparkhaus im Haushaltsplan veranschlagt wurde. Sie fragte, warum der kostenlose Schülerverkehr nicht im Haushalt vorzufinden ist.

**Herr Loebner** antwortete, dass die veranschlagte Aufwendung für das Fahrradparkhaus herausgenommen wird sobald ein Zeitplan mit dem Begleitgremium aufgestellt wurde und ein vorhabenbezogener Bebauungsplan beschlossen wird.

**Frau Krimmling-Schoeffler** fragte, ob die Stadt das Fahrradparkhaus auch bauen wird, wenn sich kein Investor findet.

**Herr Loebner** antwortete, dass die vorsorgliche Planung im Haushalt stattgefunden hat. Die genauen Modalitäten der Finanzierung sind noch nicht geklärt.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Antwort bezüglich der gewonnenen Stelle im Dienstleistungszentrum Klimaschutz zu. Er sagte, dass der kostenlose Schülerverkehr in der Mittelfristplanung noch nicht berücksichtigt wurde, da dieser noch nicht beschlossen wurde.

**Herr Felke** fragte, welche belastbaren Zusagen es zur Finanzierung des Fahrradparkhauses gibt. Er bat um Information zur Höhe des Förderanteils und des Eigenanteils der Stadt.

**Herr Roesler** antwortete, dass intensive Beratungen mit der NASA laufen. Die Förderung über die NASA soll über das Schnittstellenprogramm erfolgen.

**Herr Felke** fragte, wie hoch der Fördersatz ist. Er merkte an, dass 400.000 Euro Eigenanteil der Stadt hoch bemessen sind.

**Herr Roesler** antwortete, dass sich die Kosten auf 2,2 Millionen Euro belaufen werden.

**Herr Dr. Wöllenweber** fragte, wie sich das Budget-Unterhaltung Straßen, Wege und Plätze - Gemeindestraße -Produkt-Nr.: 1.54101, Sachkonto 52210100 seit 2014 entwickelt hat und wie der aktuelle Stand ist.

**Frau Foerster** informierte über die Entwicklung des Budgets. Im Jahr 2014 gab es ein Budget in Höhe von 1,871 Millionen Euro, im Jahr 2015 ein Budget in Höhe von 2,277 Millionen Euro, im Jahr 2016 ein Budget in Höhe von 2,355 Millionen Euro, im Jahr 2017 ein Budget von 3,68 Millionen Euro und im Jahr 2018 ein Budget von 2,831 Millionen Euro. Im Jahr 2019 ist ein Budget von 2,831 Millionen Euro geplant.

**Frau Krimmling-Schoeffler** fragte, ob es eine Alternative zum Förderprogramm des Landes gibt, um den barrierefreien Ausbau von Haltestellen bis 2021 umzusetzen.

**Herr Roesler** antwortete, dass das Personenbeförderungsgesetz festlegt, dass sämtliche Haltestellen bis 2021 barrierefrei auszubauen sind, es sei denn, im Nahverkehrsplan ist festgelegt, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Des Weiteren sagte er, dass das Landesprogramm Unterstützung zur Erstellung des Haltestellenkatasters gibt. Es wird eine Prioritätenliste erstellt, nach dieser wird das Ziel umgesetzt.

**Herr Schramm** fragte nach den Gründen für den geringen Ansatz zur Stellplatzablöse. (S. 591)

**Frau Foerster** antwortete, dass sich die Stellplatzablösebeträge aus konkreten Bauvorhaben ergeben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträt\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2019 mit dem Haushaltsplan 2019.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2017 zu Kenntnis.

**zu 4.3 Antragstellung Investitionspakt Soziale Integration - Programmjahr 2019**  
**Vorlage: VI/2018/04448**

---

**zu 4.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl zur Beschlussvorlage "Antragstellung Investitionspakt Soziale Integration - Programmjahr 2019"**  
**(VI/2018/04448)**  
**Vorlage: VI/2018/04573**

---

**Herr Sommer** fragte, wo das Vorhaben realisiert werden soll.

**Herr Grimmer** antwortete, dass der Lesepavillon bei der Hauptbibliothek am Hallmarkt als Überdachung des vorhandenen Lesegartens errichtet werden soll.

**Herr Feigl** sprach seinen Unmut über die Höhe der Finanzierungssumme für einen einzelnen Bauräger aus. Er beantragte EinzelpunktAbstimmung.



### **Beschlussempfehlung:**

Die Beschlussvorlage wird geändert und erhält die folgende Fassung:

„Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 benannten Vorhaben:

1. **Zentralbibliothek Anbau/Schaffung von integrativen Arbeits- und Leseplätzen – Anbau eines Lesepavillons an die Bibliothek - Investitionsvolumen: 351.100,00 €,**
2. **Ausbau Soccerhalle, Beachhalle, Sauna, Sanitär, Fitness und Kinderland im Sportparadies am Böllberger Weg 185 in Halle (Saale) (3.BA) - Investitionsvolumen: 3.928.700,00 €,**
3. **Umbau und Sanierung des Gebäudes des Deutschen Kinderschutzbundes e.V. „Blauer Elefant“ – Investitionsvolumen: 853.000,00 €**

mit dem Programmjahr 2019 zum Investitionspakt Soziale Integration zu beantragen.“

Herr Dr. Lämmerhirt bat um EinzelpunktAbstimmung der geänderten Beschlussvorlage.

zu 4.3 **Antragstellung Investitionspakt Soziale Integration - Programmjahr 2019**  
Vorlage: VI/2018/04448

---

<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	<b>EinzelpunktAbstimmung</b>
<b>Punkt 1:</b>	
<b><u>Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner*innen:</u></b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
<b><u>Abstimmungsergebnis Stadträt*innen:</u></b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
<b>Punkt 2:</b>	
<b><u>Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner*innen:</u></b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>
<b><u>Abstimmungsergebnis Stadträt*innen:</u></b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>
<b>Punkt 3:</b>	
<b><u>Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner*innen:</u></b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
<b><u>Abstimmungsergebnis Stadträt*innen:</u></b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

### **Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 benannten Vorhaben mit dem Programmjahr 2019 zum Investitionspakt Soziale Integration zu beantragen.

zu 4.4      **Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA**  
Vorlage: VI/2018/04422

---

zu 4.4.1    **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA (Vorlage: VI/2018/04422)**  
Vorlage: VI/2018/04530

---

zu 4.4.2    **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA" (VI/2018/04422)**  
Vorlage: VI/2018/04564

---

*In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herrn Weicken, Herrn Kühn und Herrn Schwarz das Rederecht erteilt.*

**Herr Kühn** führte in die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation ein.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Herr Rebenstorf** informierte, dass der Nahverkehr in der Stadt eine wichtige Rolle spielt. Eine Direktvergabe an die HAVAG soll erfolgen.

**Herr Nette** sagte, wenn die Verkehrslinien als Netz gebündelt werden, ein Wettbewerb in Halle nicht mehr möglich ist. Weiterhin sagte er, dass der Gelegenheitsverkehr mit den Taxis im Konzept nicht erwähnt wird.

**Herr Roesler** antwortete, dass die Taxis über das PBefG definiert sind.

**Herr Schiedung** fragte, welche Maßnahmen bei der Fahrradmitnahme durchgeführt werden und welche Maßnahmen für sehschwache Menschen hinsichtlich der Informationstechnik ergriffen werden. Er bat um Auskunft, ob Änderungen für die Arbeitssicherheit angedacht sind.

**Herr Roesler** antwortete, dass zwischen der HAVAG und der Stadt ein neues Forschungsprojekt mit blinden Menschen durchgeführt wird, was die Erkennung der An- und Abfahrtszeiten der Bahnen für die Betroffenen erleichtern soll. Er informierte über das laufende Projekt zur Beschaffung neuer Straßenbahnfahrzeuge. Im Zuge dessen können Änderungsmaßnahmen für die Fahrradmitnahme sowie für die Arbeitssicherheit durchgeführt werden.

**Herr Schwarz** ergänzte, dass die Fahrer die Möglichkeit haben per Funk den Notruf sowie auch den eingestellten Wachdienst im Notfall zu informieren. Weiterhin sagte er, dass die Fahrer regelmäßig für Notfallsituationen geschult werden.

**Herr Feigl** fragte, wo die einzelnen Maßnahmen, die im Stadtratsbeschluss entschieden wurden, wie die Förderung der Monitore mit Fahrgastinformation, sowie der Netzausbau der Straßenbahn zu finden sind und wie diese finanziell abgesichert sind.

**Herr Roesler** antwortete, dass die Maßnahmen auf Seite 51 aufgeführt sind und die Finanzierung durch Fördermittel ebenso dort zu finden ist. Er merkte an, dass ein Monitoreinbau in die neuen Fahrzeuge erfolgen wird.

**Frau Krimmling-Schoeffler** beantragte EinzelpunktAbstimmung. Sie sprach ihren Unmut darüber aus, dass der geplante kostenlose Schülerverkehr noch nicht im Haushalt veranschlagt wurde.

**Herr Roesler** informierte, dass der kostenlose Schülerverkehr mit einer Summe von 7,25 Millionen Euro in der Vorlage veranschlagt wurde.

**Frau Krimmling-Schoeffler** wies daraufhin, dass diese Summe aber nicht im Haushalt berücksichtigt wurde.

**Herr Schramm** wies daraufhin, dass der letzte Modalsplit im Jahr 2013 ausgehändigt wurde. Dieser konnte nachweislich nicht im neuen Nahverkehrsplan berücksichtigt werden.

**Herr Roesler** merkte an, dass die Befragung bis Ende des Jahres stattfindet. Die Ergebnisse werden im August 2019 erwartet.

**Herr Schiedung** merkte an, dass die kostenlose Schülerbeförderung, Elterntaxis nicht verhindern wird. Er beantragte EinzelpunktAbstimmung.

**Herr Nette** fragte, warum die Stadt für 22 Jahre den Wettbewerb im Bereich der Kraftomnibusse aussetzen möchte, obwohl die HAVAG bereits 30 Prozent ihrer Buslinien mit Subunternehmen abwickelt.

**Herr Roesler** antwortete, dass sich bei den Ausschreibungsverfahren kein anderes Unternehmen als die HAVAG beworben hat.

**Herr Dr. Wöllenweber** wies daraufhin, dass die unterschiedlichen Laufzeiten der bisherigen Bündel eine Zusammenfassung der Linienbündel erst 2025 möglich machen.

**Herr Weicken** informierte, dass die Linienbündelung eine rechtliche Notwendigkeit im Rahmen des Direktvergabeverfahrens ist. Man unterscheidet zwischen den Laufzeiten der Liniengenehmigungen und der Betrauung des Gesamtfinanzierungsvertrages. Der neue Finanzierungsvertrag und dessen Vergabe werden zum 01. Januar 2021 aufgesetzt, die darüber hinausgehenden Liniengenehmigungen werden abgebrochen, damit es zu keiner Überschneidung kommt.

**Herr Feigl** brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Herr Roesler** sagte, dass die Verwaltung Ablehnung des Änderungsantrages empfiehlt, da eine gesamte Klärung der Thematik und eine endgültige Beschlussvorlage dazu bis zum Schuljahr 2019/2020 nicht möglich ist.

**Herr Dr. Fikentscher** brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Frau Krimmling-Schoeffler** bat darum, die Thematik der kostenlosen Schülerbeförderung zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufzugreifen.



### Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 2 der Vorlage wird geändert und erhält folgende Fassung:

2. Die Stadt Halle führt ~~im Jahr~~ **ab dem Schuljahr 2019/2020** für Bus und Straßenbahn ein kostenloses Schülerticket ein, unter dem Vorbehalt eines ausgeglichenen Haushaltes.

zu 4.4.3 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA (Vorlage: VI/2018/04422)**  
Vorlage: VI/2018/04571

---

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner\*innen: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträt\*innen: mehrheitlich abgelehnt

### Beschlussvorschlag:

In der Beschlussvorlage erhält der Unterpunkt 3 im Punkt F 7.1.3 im Kapitel Organisation des ÖSPV folgende Fassung:

3. Für die zur Erbringung der Linienverkehrsleistungen eingesetzten Beschäftigten ist ein jeweils gültiger ~~repräsentativer~~ **ortsüblicher** Tarifvertrag gemäß § 10 (2) Landesvergabe-gesetz Sachsen-Anhalt (LVG LSA) 22 anzuwenden.

Herr Dr. Lämmerhirt bat um EinzelpunktAbstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.4 **Sicherung eines hochwertigen ÖSPV-Angebots in Halle (Saale) – Fortschreibung des Nahverkehrsplans und Direktvergabe eines öDA**  
Vorlage: VI/2018/04422

---

Abstimmungsergebnis: EinzelpunktAbstimmung

Punkt 1:

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner\*innen: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträt\*innen: einstimmig zugestimmt

Punkt 2:

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner\*innen: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträt\*innen: mehrheitlich abgelehnt



**Punkt 3:**

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträt\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Punkt 4:**

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträt\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

**Der Stadtrat beschließt:**

1. Dem fortgeschriebenen Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) wird zugestimmt.
2. Die Stadt Halle führt im Jahr 2020 für Bus und Straßenbahn ein kostenloses Schülerticket ein, unter dem Vorbehalt eines ausgeglichenen Haushaltes.
3. Die Stadt Halle (Saale) beabsichtigt, die Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Straßenbahnen und Bussen im Stadtgebiet an die HAVAG als sog. „interner Betreiber“ gem. Art. 5 Abs. 2 VO 1370/2007 auf der Grundlage eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) direkt zu vergeben. Die Direktvergabe soll für die Laufzeit vom 01.01.2021 bis zum 30.06.2043 erfolgen. Die Direktvergabe umfasst das Gesamtnetz des „Stadtverkehrs Halle (Saale)“ einschließlich der gebietsüberschreitenden Buslinien 35 und 36; davon ausgenommen den in das Stadtgebiet einbrechenden Regionalbusverkehr sowie den Betrieb der Straßenbahnlinie 5, soweit dieser Betrieb außerhalb des Stadtgebiets erfolgt.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
  - a. die Absicht der Direktvergabe im Rahmen einer Vorabbekanntmachung gemäß Art. 7 Abs. 2 VO 1370/2007 und § 8a Abs. 2 PBefG im Anschluss an den Ratsbeschluss im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen,
  - b. das notwendige Vergabeverfahren für eine Direktvergabe des öDA durchzuführen sowie die notwendigen Dokumente, insbesondere den öDA auf Basis des gültigen Nahverkehrsplans in der Fassung dieses Stadtratsbeschlusses sowie der Vorabbekanntmachung zu erarbeiten sowie
  - c. im Benehmen mit dem Landkreis Saalekreis die Voraussetzungen für eine rechtskonforme Mitfinanzierung der Straßenbahnlinie 5 (außerstädtischer Teil) zu schaffen.

**zu 4.5 Verzicht auf Variantenbeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 200 Ufermauer Saline  
Vorlage: VI/2018/04371**

---

Es gab keine Anmerkungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträt\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt, bei der Fluthilfemaßnahme Nr. 200 Ufermauer Saline auf einen Variantenbeschluss zu verzichten.

**zu 4.6 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 187 Wiederherstellung Kefersteinstraße  
Vorlage: VI/2018/04312**

---

**Herr Feigl** fragte, welche Ursache es für die Baumfällungen gab. Des Weiteren fragte er, ob die Straße denkmalgeschützt ist und wenn ja, warum auf die Wiederherstellung des Pflasters verzichtet wurde.

**Frau Foerster** antwortete, dass der Baum, der mittig im Gehweg wurzelte, auf seine Vitalität untersucht wurde. Aufgrund des schlechten Zustandes des Baumes sowie des ungünstigen Standortes wurde dem Antrag auf Fällung durch die Untere Naturschutzbehörde stattgegeben. Sie teilte mit, dass der Bereich nicht denkmalgeschützt ist.

**Herr Feigl** fragte, wie immens eine Schädigung sein muss, um eine Baumfällung durchzuführen. Er merkte an, dass eine andere Verkehrslösung möglich gewesen wäre.

**Frau Foerster** verneinte dies.

**Herr Sommer** regte an, dass Ersatzpflanzungen für den gefälltten Baum erfolgen sollten.

**Frau Foerster** teilte mit, dass Ersatzpflanzungen am Ende der Straße, in Form von drei Bäumen erfolgen werden. Diese sind auch auf dem Lageplan gekennzeichnet.

**Herr Schied** fragte, ob die Wege asphaltiert werden.

**Frau Foerster** bejahte dies.

**Herr Schiedung** fragte, ob es für den Baum eine ökologische Wertbegutachtung gibt.

**Frau Foerster** antwortete, dass im Zuge der Genehmigung eine Wertbegutachtung durchgeführt wurde. So konnte der Umfang der notwendigen Ersatzpflanzungen bestimmt werden.

**Herr Schiedung** fragte, ob die Nistplätze des Baumes berücksichtigt wurden.

**Frau Foerster** antwortete, dass bei der Fällung alle relevanten Nebenbestimmungen notiert wurden und bei den Ersatzpflanzungen berücksichtigt werden.

**Herr Hartwig** fragte, was mit dem Granitsteinpflaster nach der Entnahme passiert.

**Frau Foerster** antwortete, dass sämtliche Pflastersteine eingelagert und an anderen Orten wiederverwendet zu werden.

**Herr Feigl** fragte, wer die Betreuung der Lagerplätze absichert und ob es einen Lagerleiter gibt. Weiterhin fragte er, ob eine Bestandsliste über die eingelagerten Materialien geführt wird.

**Frau Foerster** antwortete, dass ein Leistungsverzeichnis der Materialien erstellt wird. Die Materialien, die in einem guten Zustand sind, werden geborgen und beispielsweise in der Niemeyer Straße wieder eingesetzt.

**Herr Hartwig** fragte, ob die Materialien aus dieser Baumaßnahme wiederverwendet werden.

**Frau Foerster** antwortete, dass dies noch nicht abzusehen ist. Erst im Zuge der Ausführungsplanung findet eine Begutachtung statt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträt\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Vergabeausschuss beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 187 Wiederherstellung Kefersteinstraße im Bereich östlich der Saale entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.2 Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP-Fraktion) zur Entwicklung eines Gestaltungskonzeptes für den Kröllwitzer Kirchberg sowie bauordnungsrechtlicher und verkehrlicher Vorgaben für den Stadtteil Kröllwitz**  
**Vorlage: VI/2018/04293**

---

**Frau Dr. Bergner** brachte ihren Antrag ein und begründete diesen.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung des Antrages bat.

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner\*innen:** mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträt\*innen:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

## **Beschlussempfehlung:**

### **1.) Die Stadtverwaltung wird beauftragt:**

Für die Gestaltung des Kröllwitzer Kirchberges ein Gestaltungskonzept zu entwickeln und zur Beschlussfassung vorzulegen.

### **2.) Der Stadtrat stellt fest:**

Die noch ausstehenden Bauplanungen für den Stadtteil Kröllwitz bedürfen der Einordnung in ein übergreifendes Konzept zur angemessenen Berücksichtigung baulicher und verkehrlicher Belange.

## **zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 7 Mitteilungen**

---

Es wurden keine Mitteilungen gegeben

## **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **zu 8.1 Herr Feigl zur Neuverwendung von Bodenbelegen**

---

**Herr Feigl** teilte mit, dass nach Beendigung der Baumaßnahme in der Leipziger Straße, Ecke Sandberg, einige Pflastersteine fehlen. Er fragte, ob es Ersatzteile für die Steine gibt und wann eine Ausbesserung erfolgt.

**Frau Foerster** antwortete, dass es ein Lager für Ersatzteile gibt. Sie sagte eine Prüfung des Einzelfalls zu.

### **zu 8.2 Herr Dr. Wöllenweber zur Baumaßnahme am Dessauer Platz**

---

**Herr Dr. Wöllenweber** berichtete, dass nach dem Ende der Bauarbeiten am Dessauer Platz eine massive Betonwand am Stadteingang vorzufinden ist. Er äußerte seinen Bedenken darüber, dass diese Mauer wie eine Gefängniswand wirkt und dies kein Anblick für einen Stadteingang sein sollte.

**Herr Rebenstorf** teilte mit, dass es sich dabei um eine Lärmschutzwand handelt. Er sicherte eine gestalterische Prüfung zu.

### zu 8.3 Herr Schied zum Golfplatz

---

**Herr Schied** merkte an, das lediglich alle 6 Meter ein 30 bis 40 Zentimeter breiter und 10 Zentimeter hoher Durchgang an der Steganlage zu finden ist und dies nicht den Vorgaben des Bauungsplanes entspricht.

**Herr Loebner** antwortete, dass die untere Wasserbehörde zu befragen ist. Er sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Schied** wies daraufhin, dass eine öffentliche Zugänglichkeit weitgehend zu gewährleisten ist. Da der Uferbereich mit NATO-Draht gesichert ist, fragte er, wie die Zugänglichkeit gewährleistet werden soll.

**Herr Loebner** teilte mit, dass die Einzäunung stattgefunden hat, da die Golfbälle ein Gefährdungsrisiko darstellen und als Schutz für Kinder und Fußgänger fungieren soll.

### zu 8.4 Herr Schiedung zum Netto am Hubertusplatz

---

**Herr Schiedung** fragte, ob der Stadtverwaltung bekannt ist, dass der Netto am Hubertusplatz zu einem Vollsortimenter von EDEKA umgebaut werden soll.

**Herr Loebner** sagte, dass die Beantwortung im nicht öffentlichen Teil erfolgt.

### zu 8.5 Herr Schiedung zur Haupterschließungsstraße

---

**Herr Schiedung** fragte, wann die HES eröffnet werden soll.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass noch kein offizieller Termin bekannt ist.

### zu 8.6 Herr Schiedung zur Südstadt

---

**Herr Schiedung** stellte eine schriftliche Anfrage zur Südstadt.

*„Bürgerinnen und Bürger haben folgende Fragen bzw. Probleme an uns herangetragen.*

- 1. Nach wie vor oder schon wieder funktioniert die Beleuchtung der Treppe an dem Hochhaus Platz der Völkerfreundschaft / Südstadtring nicht. Bei fehlender Beleuchtung ist die Treppe sehr schlecht erkennbar und bildet eine große Unfallgefahr. Wann wird die Beleuchtung repariert?*

2. *Der Südstadtring ist neu gestaltet worden, ebenso die Fahrbahn und die Fußwege auf der Ostseite der beiden Hochhäuser am Platz der Völkerfreundschaft / Südstadtring. Aber vor dem einen Hochhaus hat man einfach an zwei Stellen den Fußweg nur mit Kiessand gestaltet. Diese Stellen sind ca. 1 bis 2 m lang. Ist dieser Zustand bereits der fertige – und wenn ja: Warum wurde die Oberfläche des Fußwegs so hergestellt? Oder ist der aktuelle Zustand ein Übergangszustand – und wenn Übergang: Wann wird der Fußweg fertiggestellt?*
3. *Die Linienanbindungen (Bus und Tram) habe sich aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner der Südstadt II verschlechtert. Bis zur Umgestaltung des Südstadtrings führen von der Endhaltestelle Südstadt die Linie 1 bis nach Beesen, die Linie 3 über die Paul-Suhr-Straße und Vogelweide in die Stadt, und die Buslinie 24 fuhr in Richtung Ammendorf. Früher fuhr zudem die Linie 6 von der Endhaltestelle Südstadt durch den Böllberger Weg in die Stadt. Die Linien 1 und 6 fahren im 7-Minutentakt. Jetzt müssen die Bewohnerinnen und Bewohner umsteigen, wenn sie in die Silberhöhe, nach Beesen oder in den Stadtbereich fahren wollen. Wird diese Linienführung auf absehbare Zeit so bleiben? Wenn nein: Welche Verbesserungsmöglichkeiten/Veränderungen schlägt die Verwaltung vor und wann sollen diese umgesetzt werden?“*

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 8.7 Herr Dörrer zur Baumaßnahme in der Martinstraße**

---

**Herr Dörrer** fragte wiederholt, ob nach der Beendigung der Baumaßnahme in der Martinstraße, das ursprüngliche Pflaster wieder verlegt wird.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Antwort zu.

#### **zu 8.8 Herr Sommer zur Materialzusendung Beschlussvorlage Riveufer**

---

**Herr Sommer** fragte, wann die Session-Einstellung der Präsentation zum Querschnitt des Hauptsammlers erfolgt.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine zeitnahe Einstellung zu.

#### **zu 8.9 Herr Sommer zu Projekten aus dem Gestaltungsbeirat**

---

**Herr Sommer** bat um Vorstellung wichtiger Projekte aus dem Gestaltungsbeirat im Planungsausschuss, da eine Zusage dazu bereits im Protokoll niedergeschrieben wurde.

**Herr Loebner** sagte, dass man dies als Anregung erneut mit aufnehmen wird.

**zu 9      Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Herr Dr. Lämmerhirt** beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Dr. Michael Lämmerhirt  
Ausschussvorsitzender

---

Sarah Lange  
Stellv. Protokollführerin